

Positionspapier der Bundes-SGK

Potsdamer Erklärung

Die sozialdemokratischen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker stehen für eine offene und vielfältige Gesellschaft, in der Ressentiments, Hass und Hetze keinen Platz haben.

Die Nachrichten über das im November 2023 durch das Recherchenetzwerk correctiv aufgedeckte Treffen rechtsextremer Kräfte unter Beteiligung von Funktionären der AfD, Mitgliedern der Identitären Bewegung und der sogenannten Werteunion, hat in weiten Teilen unserer Gesellschaft für Empörung gesorgt. In sehr vielen deutschen Städten gingen in den letzten Wochen Hunderttausende gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit auf die Straße. Sie setzen ein deutliches Zeichen der Solidarität - und gegen die Spaltung unserer Zivilgesellschaft. Das begrüßen und unterstützen wir als Zeichen einer wehrhaften Demokratie, die von den Menschen getragen wird.

In unseren Städten, Gemeinden und Landkreisen leben Menschen unterschiedlicher Herkunft, religiöser Überzeugung und mit vielfältigen Lebensentwürfen. Sie sind unsere Nachbar:innen, unsere Freund:innen, unsere Kolleg:innen, unsere Familie. Dies macht unsere pluralistische und weltoffene Gesellschaft aus - macht sie stark und lebenswert.

Umso entsetzlicher und gänzlich inakzeptabel ist es, dass extreme Kräfte sich im Geheimen treffen und die Deportation von Millionen Menschen aus unserer Mitte planen. Sie leben ein Welt- und Menschenbild, dass von Hass, Misstrauen und Vorurteilen geprägt ist. Doch Hass ist keine Meinung. Sie stehen außerhalb unserer Verfassung.

In einer demokratischen Gesellschaft ist das Recht auf freie Meinungsäußerung von grundlegender Bedeutung. Es ermöglicht den Bürger:innen, ihre Gedanken, Überzeugungen und Kritiken auszudrücken, ohne Angst vor Repressalien haben zu müssen. Unsere demokratischen Strukturen garantieren somit die Vielfalt der Meinungen und fördern einen offenen Dialog und Diskurs, der grundlegend für eine lebendige Demokratie ist. Angriffe auf den Kern unserer Verfassung, die in diesem Jahr ihr 75. Jubiläum feiert und die Grundlage unseres Zusammenlebens, die Würde des Menschen, nehmen wir nicht hin.

Unsere Städte, Gemeinden und Landkreise sind Heimat und zuhause für alle Menschen, die hier leben. Die aktuelle Anschlagserie in Thüringen auf Demokrat:innen und deren Familien zeigt, dass Hass, Hetze und Gewalt zum Rechtsextremismus gehören. Wir lassen uns jedoch nicht einschüchtern, unsere Demokratie ist wehrhaft.

Gemeinsam tragen wir Verantwortung dafür, dass Geschichte sich nicht wiederholt. #Nie wieder ist jetzt!

**Beschluss des Vorstandes der Bundes-SGK
vom 23. Februar 2024**